

GENERALE

Noch drin

Bonns Generale stehen rechts. Linke Ausnahmen bestätigen die Regel. Auch SPD-Verteidigungsminister Helmut Schmidt wird das nicht ändern; denn er will bei Beförderungen ohne Ansehen der Partei verfahren: „Mich interessiert nur, ob einer tüchtig ist oder nicht.“

Darum schoß auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Egon Klepsch, einer von zahlreichen Wehrexperten seiner Fraktion, eine Fahrkarte, als er wissen ließ: „Ich habe die begründete Vermutung, daß in der Personalpolitik der Bundeswehr politische Gesichtspunkte eine Rolle spielen.“

Schmidt: „Was ein Mann namens Klappsch verbreitet, ist mir zu dumm, um darauf einzugehen.“

Klepsch präziserte seinen Tadel, indem er ihn entschärfte: „Ich habe nicht gesagt, daß Herr Schmidt sich von parteipolitischen Gesichtspunkten leiten läßt, sondern von politischen.“

In der Tat hat Schmidt nichts gegen CDU-Generale, wohl aber brems er den Aufstieg von hohen Militärs, die sich besonders reaktionär hervorgetan haben.

Zum Beispiel: Brigadegeneral Wolfgang Schall, Unterabteilungsleiter „Führung“ im Heeres-Stab, macht sich bislang vergebens Hoffnungen auf den zweiten Generalstern. Nicht daß Schall CDU-Mitglied ist, stoppte seine Karriere, sondern daß er zum Autorenteam der restaurativen Studie des Heeres-Inspektors Albert Schnez über Umgestaltung von Armee und Gesellschaft „an Haupt und Gliedern“ gehört. Und da Schall nun mit seinem Schicksal hadert, leiden die Christenunion und Egon Klepsch mit.

Früher hatten andere gelitten. Die Partei-Couleur von Soldaten verführte die Personalaktiker der Bundeswehr unter fünfzehnjährigem CDU/CSU-Regiment nicht selten zu parteiischen Entscheidungen.

Im Juli 1963 holte der christkatholische CDU-Personalchef auf der Hardthöhe, Karl Gumbel, den christkatholischen CDU-Landrat a. D. und vorzeitig zum Brigadegeneral beförderten Karl-Theodor Molinari als Personal-Unterabteilungsleiter ins Verteidigungsressort. Molinari, heute Befehlshaber im Wehrbereich IV in Mainz und beschuldigt, während des Krieges in Frankreich für Erschießung von Geiseln mitverantwortlich zu sein: „Ich bin nach wie vor meiner politischen Gesinnung treu und noch aktives Mitglied der CDU.“

Personal-Molinari (Bundeswehr-Slang: „Abt von Duisdorf“) sicherte im Herbst 1963 den Militärattachés in Ankara und Neu-Delhi zu, beide würden nach ihrer Attachézeit zum Brigadekommandeur avancieren. Der eine war Oberst Oskar Hubert Dennhardt, vorher CDU-Landtagsabgeordneter in Kiel, der andere Oberst Friedrich Beermann, vorher militärpolitischer Berater der SPD-Bundestagsfraktion.

Dennhardt bekam die 16. Panzergranadierbrigade in Flensburg und das Generalsgold. Beermann blieb Oberst ohne Aussicht auf Beförderung.

Nachdem CDU und SPD sich im Dezember 1966 zur Großen Koalition formiert hatten, klopfte der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt bei CDU-Verteidigungsminister Gerhard Schröder an: Beermann sei doch wohl Unrecht geschehen. Schröder beförderte ihn zum Brigadegeneral, und Beermann, heute SPD-Bundestagsabgeordneter aus Schleswig-Holstein, erinnert sich: „Ich hatte immer das Gefühl, daß ich ein Produkt der Großen Koalition war.“

Im Herbst 1966 wies CDU-Gumbel einen Unterabteilungsleiter im Führungsstab der Streitkräfte an, seinen Hilfsreferenten, den Oberstleutnant Richard Büchner, alsbald zum Oberst



Dienstherr Schmidt, Soldaten*
„Ein Mann namens Klappsch“

vorzuschlagen. Grund: Ein parlamentarischer Geschäftsführer habe ihm, Gumbel, geschrieben, der förderungswürdige Büchner zähle zu den Gründungsmitgliedern der CDU.

Briefschreiber war der christdemokratische Fraktionsgeschäftsführer Will Rasner aus Flensburg, wo Büchner nach Kriegsende als Lehrer amtiert und der CDU Freizeit und Ferien gewidmet hatte. Der von Gumbel bedrängte Unterabteilungsleiter weigerte sich, dem CDU-Oberstleutnant die Obristen-Eignung zu attestieren. Gumbels Untergebener wurde zu einem Brigadeführer-Kurs verschickt, Büchner zum Oberst befördert.

Der SPD-Minister Helmut Schmidt dagegen umgibt seine Personalpolitik wenigstens mit der Aura des unparteiischen und loyalen Dienstherren.

Gleich bei Amtsantritt entschied er, der CDU-Senior und Ministerialdirektor Ernst Wirmer, Bruder des nach dem 20. Juli 1944 hingerichteten Zen-

* Bei der Besichtigung von Panzerabwehrwaffen im Münsterlager.

trumspolitikers Joseph Wirmer, selbst Nazi-Verfolgter und in Bonn lebens- und dienstältester Militärbürokrat, bleibe auf seinem Posten.

Schmidt-Kumpel Karl Wilhelm Berkhan, Parlamentarischer Verteidigungsstaatssekretär, wies damals Kritik der Genossen ab: „Einen Mann zu feuern, der im KZ saß, das bringt ein Sozialdemokrat nicht fertig.“

Dem Planungsstab, der Schmidt persönlich zuarbeitet, präsidiert seit Anfang dieses Monats Ministerialdirektor Hans-Georg Wieck, eingeschriebenes Mitglied der CDU und vordem Chef des Ministerbüros bei CDU-Schröder.

Für eine Errungenschaft neuzeitlicher Menschenführung hält Schmidt den von ihm erfundenen Job eines Erziehungsgenerals für alle Soldaten. Intensiv fahndete er nach dem rechten Mann für das hohe Amt. Zwei Generale und ein Admiral kamen in die engere Wahl, jeder von ihnen Mitglied einer Partei.

SPD-Generalmajor Franz Pöschl, Kommandeur der Luftlande-Division, wollte lieber Truppenführer bleiben. Von den beiden anderen Kandidaten zog Schmidt den CDU-Brigadegeneral Karl Hermann Friedrich, „Gastmitglied“ im CDU-Arbeitskreis für Wehrpolitik und unter Schmidt bislang ohne Gewissensnot ausgerechnet Unterabteilungsleiter „Öffentlichkeitsarbeit“, dem Flottillen-Admiral Herwig Collmann (SPD), Marineinspizient für Erziehung und Bildung, vor.

Auch im Gerangel um die Kommandeurstelle der Stabsakademie in Hamburg-Osdorf, auf der Majors-Anwärter weitergebildet werden, behielt ein CDU-Soldat die Oberhand. Die Stellenverwalter präsentierten Schmidt für diesen Posten den quicken Oberst Peter Buhl, der das Ernennungspapier schon in Händen hielt. Aber Staatssekretär Berkhan machte sich für den Gründungskommandeur Oberst Will stark, der im vergangenen Herbst erfolglos auf der Hamburger CDU-Liste für den Bundestag kandidiert hatte. Schmidt wählte Will.

Politische Kriterien ließ der Minister bisher nur für den goldbetrefften Christenanhang gelten, der als Autorengruppe die Schnez-Studie verfaßt und damit dem SPD-Minister den ersten handfesten Skandal eingebrockt hatte. Schmidt zog die Notbremse: „Keiner von den Schreibern bekommt eine Division.“

Freilich, Mitautor Horst Hildebrandt (Schmidt: „Überaus tüchtig“) war bereits zum Kommandeur der 1. Panzergranadier-Division bestellt worden. Hauptautor Heinz Karst, der auch als Erziehungs-Inspizient des Heeres vehemente Angriffe gegen das Konzept des Staatsbürgers in Uniform vorgebracht hatte, zog selber Konsequenzen und nahm seinen Hut. SPD-Berkhan bedauert den Verlust: „Ich halte Karst immer noch für einen hochbefähigten Offizier.“

Mitautor Schall hatte es bei der Schriftstellerei nicht bewenden lassen. Als Handlanger des pensionierten CDU-Generals Artur („Heulender Derwisch“) Weber drehte Schall „zehn offene Briefe“ Webers gegen den Re-



Wehrexperte Klepsch
„Begründete Vermutung“

formgrafen Baudissin in hoher Auflage durch die Frankiermaschine des Bundesministeriums der Verteidigung.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Friedrich Zimmermann, Vorsitzender des Wehrausschusses im Bonner Parlament, sprach den Staatssekretär Berkhan schon Anfang Mai auf den „gut qualifizierten“ Schall an. Der Sozialdemokrat wußte auch im Fall Schall Trost: Für eine Division sei der General (Jahrgang 1916) zwar schon zu alt, aber ein zweiter goldener Stern „ist immer noch drin“.

Dem Studien-Unterzeichner Schnez indes, der ein Wiederaufleben der Diskussion über das Papier fürchtet, eilt die Beförderung Schalls „zur Zeit noch nicht“.

Dennoch attackierte CDU-Klepsch die politische Spitze des Ministeriums: „Herr Berkhan hat uns Zusicherungen gemacht, die er nicht einhält.“ Dazu Minister Schmidt: „Von uns hat niemand Zusicherungen bekommen.“

BUNDESLÄNDER

HESSEN

Auf dem First

Der Maurersohn Albert Osswald, 51, seit neun Monaten sozialdemokratischer Ministerpräsident im Musterland Hessen, fühlt sich als Erster unter selnesgleichen. „Ich bin“, sagt er, „ein von dieser Bevölkerung herausgestellter Mann... und nicht etwa wie der liebe Gott, der oben auf dem Dachfirst sitzt.“

Das demonstriert er auch. Beim Frankfurter Nach-Mexiko-Empfang der Fußball-Nationalmannschaft quetschte er sich selbstgenügsam auf die Autotür des Mercedes-Cabriolets, in dessen Fond „uns' Uwe“ samt Mitspielern den Jubel der Massen genoß. Und wie die Untertanen ihre Jacken und Hosen, gab der Hessen-Primus seinen dunklen 450-Mark-Anzug, sechs Wochen alt, dem Platzregen preis: „Das Wasser lief mir aus den Schuhen.“

Als unlängst, zum Hessen-Volksfest „Hessentag“, in Wiesbaden erneut der Regen niederprasselte, geriet auch ein zweiter „Renommieranzug“ (Osswald),

diesmal ein blauer, beim Dienst am Volk aus der Fassung. Denn Osswald, der gerade hessische Bundeswehrsoldaten ehrte, verschmähte, wie die aufmarschierte Truppe, den dargebotenen Schirm: „Die Soldaten stehen schließlich alle nur im Hemd da.“

Des Landes erster Repräsentant, ehemals Oberbürgermeister in Gießen (ein Parteifreund: „Der kennt dort jeden Kanaldeckel“) und Finanzminister in Wiesbaden, genannt „Dukaten-Ossi“, schätzt solche populären Aktionen, die ihn in Bürgernähe halten — dies besonders jetzt aus gutem Grund: Hessen steht, nach dem Wählervotum in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und dem Saarland, nunmehr seinerseits vor einer Landtagswahl Anfang November. Die Sozialdemokraten, die in Hessen seit 1946 ununterbrochen in der Regierung sind, haben ihre absolute Mehrheit (bisher 52 von 96 Abgeordnetensitzen) gegenüber einer lautstarken Opposition (CDU-Vorsitzender Alfred Dregger: „Osswald ist enttäuschend“) zu verteidigen.

Erstmals müssen die sieggewohnten Hessen-Sozis der alle und alles überragenden Vaterfigur früherer Epochen entraten: des Alt-Landesherrn Georg August Zinn, 69, der fast 20 Jahre lang für Kontinuität sorgte — Bollwerk gegen den Ansturm der schwarzen Konkurrenz ebenso wie selbstherrliche Schiedsinstanz für eigene Konflikte. Der Altvater der linken Provinz, oftmals mürrisch, manchmal cholerisch, hatte es verstanden, das Wähler- und Parteivolk auf Distanz wie bei Laune zu halten — bis er, erkrankt, letzten Oktober abtrat.

Dem einst barschen Regierungsstil Zinns folgte die Betriebsamkeit des bienenfleißigen ehemaligen Buchhalters Osswald. Dem früher oft unnahbaren Mienenspiel des Vorgängers setzte er, mit Vorliebe vor TV-Linsen der heimischen „Hessenschau“, ein Optimismus verbreitendes breites Lächeln entgegen. Dem Parteivolk demonstrierte er, Initiator eines in Deutschland beispielhaft geplanten Netzes kommunaler wie staatlicher Elektronikrechner, fortschrittsgläubigen Computer-Pragmatismus („Schritt in die 70er Jahre“).

Ob Umweltforschung, Gesamtschulplanung, Bildungstechnologie oder Uni-Konzeption — der neue Mann in der Staatskanzlei, der gelegentlich seinen Heimatfluß, die Lahn, durchkraut, entwickelte im 16-Stunden-Tag gleich so viele hochtrabende gesellschaftliche Patentrezepte, daß Parteifreunde das Wort von den „Osswaldäden“ prägten. Unter Pseudonym kritisierte ein Hessen-Intimus fernab vom Land in der „Hannoverschen Allgemeinen“, der Landesherr bevorzuge eine „Politik in austauschbaren Sprechblasen“.

So verhiess Osswald, der beim Kasserler Ost-West-Gipfel im Stil eines Serenissimus Autogramme verteilte, den Hessen einen eigenen Journalistenpreis — ein Novum in den Bundesländern, das gepflegter Hofbericht-

* Beim Empfang der Fußball-Nationalmannschaft am 23. Juni in Frankfurt mit (v. l.) Gerd Müller, Bundestrainer Helmut Schön und Uwe Seeler.

erstattung durchaus dienlich sein kann. So lobt sich Osswald mit Vorliebe selbst als Vorsteher einer „bürger-nahen Verwaltung“ und läßt in PR-Mitteilungen die von ihm installierten Bürgersprechstunden oder das von ihm neugegründete „Referat für Bürgerhilfe“ feiern.

Sprechzeiten und Sprechstage zumindest auf Behördenebene, meinte dazu Hessens Bund der Steuerzahler, hätten sich längst „als überflüssig erwiesen“. Und in der Tat laufen die Monita beschwerdeführender Bürger via Staatskanzlei meist dorthin zurück, wo sie schon aktenkundig waren: zu den zuständigen Amtsstellen.

Osswalds Sinn für Public Relations, deren Tendenz zu direkter Breitenarbeit freilich von Zinn erfolgreich vorprogrammiert worden war, prägte auch die mit Betriebsbesichtigungen angereicherten rollenden Kabinettsitzungen draußen im Lande, wo zuweilen Dorfbürgermeister und Bürger beim Tele-Frageabend im Bürgerhaus den Intimgeruch großer Landespolitik schnüffeln dürfen.

Die propagierte Bürgernähe bestimmte schließlich auch den PR-Stil der Kabinetts-Kollegen: Den Landwirtschaftsminister etwa zieht es zur „Inbetriebnahme der Schweinemastgemeinschaft in Altenstadt-Hegheim“. Der Justizminister nimmt auch schon mal am „60jährigen Stiftungsfest des Sportklubs Niederhohne in Eschwege“ teil. Den Finanzminister trifft man beim Jubiläumsfest der „Sport- und Sängergemeinschaft Offenthal“, und der Sozialminister findet nette Worte beim „Vereinsjubiläum des Kleingartenvereins Eichenbühl in Neu-Isenburg“.

Solchen oftmals hausbackenen Demonstrationen Wiesbadener Kabinettsreife steht seit den letzten Junitagen ein Politprogramm gegenüber, das Osswald der Exklusivität halber — getreu dem Uralt-Slogan „Hessen vorn“ — in einer schon „europäischen



Hessen-Regierungschef Osswald (r.)
„Politik in Sprechblasen“